

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Januar/Februar 2021

öffentliche magazin

Die Landesvertretung
Schleswig-Holstein
beim Bund



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Michael Wittig

*Liebe Leserinnen,
lieber Leser,*

die Pandemie hat uns auch zu Beginn des neuen Jahr nicht aus ihren Klauen gelassen. Im Gegenteil, das bedrohliche Dauerhoch der Infektionszahlen hat einen neuerlichen, verschärften Lockdown zur Folge – und mit ihm ein Chaos an den Schulen. In Berlin haben sich die Lehrerverbände im dbb berlin unter anderem massiv gegen übereilte Schulöffnungen wehren müssen. War schon der ursprünglich geplante fahrlässige Umgang mit der Gesundheit von Lehrern und Schülern kein Ruhmesblatt für den Berliner Senat, so ist es die Verzögerungstaktik, mit der Verfassungsverstöße gegen die amtsangemessene Besoldung korrigiert werden sollen, nicht weniger. Statt ihre Beamtinnen und Beamten endlich grundgesetzkonform zu bezahlen, gab die Landesregierung bekannt, dass die Betroffenen in den A-Besoldungsgruppen im Reparaturgesetz erst einmal unberücksichtigt bleiben.

Positiv sind dagegen in weiten Bereichen die Personalratswahlen 2020 für den dbb berlin verlaufen, und ich möchte an dieser Stelle allen unseren Wählern nochmals aufrichtig danken. dbb Personalräte werden aufgrund ihres Votums weiterhin ein gewichtiges Wort im Hauptpersonalrat, in Gesamtpersonalräten und auch in zahlreichen örtlichen Personalräten mitreden und das ist für eine sachbezogene und zukunftsorientierte Arbeit der Gremien ein großer Gewinn.

Die Interviews, die das hauptstadt magazin mit den Spitzenkandidaten der Parteien zur diesjährigen Abgeordnetenhauswahl führt, setzen wir in dieser Ausgabe mit Bettina Jarasch von Bündnis 90/Die Grünen fort.

Eine Fortsetzung findet auch die Vorstellung der Landesvertretungen beim Bund. Dieses Mal war das hauptstadt magazin zu Gast bei der Bevollmächtigten von Schleswig-Holstein beim Bund und traf in der Landesvertretung auf ein außergewöhnlich künstlerisches Ambiente ...

... lesen Sie selbst und bleiben Sie gesund

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Besoldung	
Reparaturgesetz klammert A-Besoldung aus	4
Vertrauen wiederherstellen und Verfassungsverstöße beenden!	5
Bildung und Fortbildung	
Große Unruhe an Berliner Schulen	6
dbb berlin schult jetzt online	7
Personalratswahlen	
dbb berlin festigt Position	8
Interview	
Bettina Jarasch setzt auf Austausch	10
Landesgleichstellungsgesetz	
Reformen sind überfällig!	12
Titelthema	
Landesvertretung Schleswig-Holstein	13
Unterhaltung	
Preisrätsel	15
Zum Schluss	
gkl berlin kämpft um Erhalt der Kantine Leopoldplatz	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr.

15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 18,

gültig ab 1.10.2020. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: Achim Kleuker, Innenfassade in der Landes-

vertretung Schleswig Holstein, gestaltet von Benjamin

Mastaglio

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die

Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die

Meinung des Herausgebers wieder.

Senat spielt auf Zeit!

Reparaturgesetz klammert A-Besoldung aus

Das Reparaturgesetz, mit dem der Berliner Senat seine höchstrichterlich festgestellten Verfassungsverstöße gegen die Besoldung korrigieren will, betrifft im linearen Bereich nur die R-Besoldung. Nachzahlungen sind nur für Kläger und Widerspruchsführer gegen die ihnen in den Besoldungsgruppen R 1 und R 2 in den Jahren 2009 bis 2015 sowie in der Besoldungsgruppe R 3 im Jahr 2015 gewährten Bezüge vorgesehen.

„Damit ist das, was wir befürchtet haben, leider auch tatsächlich eingetreten“, kommentierte dbb Landeschef Frank Becker ein entsprechendes Rundschreiben der Senatsverwaltung für Finanzen vom 7. Januar 2021. „Bei den vergleichbaren Fällen in der A-Besoldung wird wohl auf Zeit gespielt, bis eine endgültige höchstrichterliche Entscheidung ergangen ist. Möglicherweise wird auch die Entwicklung in den anderen

Bundesländern abgewartet“, kritisierte Becker die Hinhaltetaktik des Senats.

Insofern gilt die dringende Empfehlung des dbb berlin für die Betroffenen fort, jedes Jahr Widerspruch gegen ihre Besoldung einzulegen. Diese werden ruhend gestellt und unterliegen nicht der Verjährung.

Fast zeitgleich mit dem enttäuschenden Rundschreiben der Senatsverwaltung in Sachen Reparaturgesetz war noch einmal ein dringender Appell des dbb und seiner Landesbünde an die Personalverantwortlichen in den Bundesländern ergangen, endlich mit den Verfassungsverstößen bei der Besoldung Schluss zu machen (siehe nächste Seite).

„Der dbb berlin wird auf jeden Fall weiter Druck auf den Senat aufbauen, bis endlich alle Beamtinnen und Beamten ihre tatsächlich geschuldete Besoldung erhalten“, versicherte dbb Landeschef Frank Becker. Dabei soll auch künftig zweigleisig vorgegangen werden, zum einen im starken Besoldungsbündnis mit dem DGB, dem Hauptpersonalrat und dem Richterbund, zum anderen in einer gemeinsamen Allianz mit dem dbb Bund und seinen Landesbünden.

Korrektur für Kinderreiche im Anpassungsgesetz

Eine weitere besoldungspolitische Baustelle räumt der Senat zumindest mit dem Entwurf des Gesetzes zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2021 aus. Nach einer jahrelangen Hängepartie war auch hier eine abschließende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts notwendig, bis endlich ab Jahresbeginn 2021 auch dieser Verstoß gegen die amtsangemessene Alimentation ausgeräumt wird und deutlich höhere Familienszuschläge ab dem dritten Kind gewährt werden sollen. Die Beschlussfassung des Abgeordnetenhauses über das Anpassungsgesetz steht zwar noch aus, wird aber für das 1. Quartal 2021 erwartet. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Anpassungen sollen rückwirkend zum 1. Januar 2021 in Kraft treten. ■



Amtsgemessene Alimentation

Vertrauen wiederherstellen und Verfassungsverstöße beenden!

Zur schnellstmöglichen Beseitigung der höchstrichterlich festgestellten Verfassungsverstöße bei der Alimentation der Beamtinnen und Beamten haben der dbb und seine Landesbünde in einer gemeinsamen Aktion aufgefordert.

In einem dazu an den Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz gerichteten gemeinsamen Schreiben des Berliner dbb Chefs Frank Becker und des dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach heißt es, dass der verfassungswidrige Zustand nach höchstrichterlicher Rechtsprechung spätestens bis Mitte des Jahres 2021 rückwirkend für alle, die Ansprüche geltend gemacht haben, beseitigt werden muss. Für die weitere Zukunft sei darüber hinaus generell die Gewährung des jeweiligen Mindestmaßes der Alimentation sicherzustellen.

Richtig wäre es, so weiter in dem Schreiben, „dass Sie als Dienstherr die Leistung Ihrer Beamtinnen und Beamten auch finanziell anerkennen, indem Sie die tatsächlich geschuldete Besoldung sowohl für die Vergangenheit nachzahlen, aber auch im Jahr 2020 und für die Zukunft gewähren“.

Unhaltbaren Zustand beenden

„Vor allem aber würde dies den unhaltbaren Umstand beenden, dass Beamtinnen und Beamte ihren Dienstherrn durch Klagen immer wieder zu gesetzeskonformen Verhalten zwingen müssen. Nur dadurch kann das bei den Beamtinnen und Beamten verlorene Vertrauen in ihren Dienstherrn wiedergewonnen werden.“



© Kevin Schneider / Pixabay

Nach Senatsbeschluss

Große Unruhe an Berliner Schulen

Die Umsetzung der Beschlüsse der Regierungschefinnen und -chefs der Länder zur Bekämpfung der Corona-Pandemie vom 5. Januar 2021 an den Berliner Schulen hat zu Unruhe und Widerstand geführt. Insbesondere die frühzeitige Wiederaufnahme eines Präsenzunterrichts stößt beim VBE Berlin auf Ablehnung und Empörung. Auch an den Gymnasien votieren Lehrer, Eltern und Schülern für eine weitere Schließung aller Schulen.

In einem offenen Brief an Bildungssenatorin Sandra Scheeres hat der VBE Berlin keinerlei Zweifel an der Verärgerung des Lehrpersonals gelassen, die die Anweisung zur schrittweisen Öffnung der Berliner Schulen ausgelöst hat. Die Senatorin wurde nachdrücklich aufgefordert, ihrer Fürsorgepflicht gegenüber dem pädagogischen Personal und den Schülerinnen und Schülern nachzukommen.

„Nachdem das Vorhaben der Bildungssenatorin öffentlich wurde, hagelte es empörte Anrufe und E-Mails beim VBE Berlin. Berliner Lehrerinnen und Lehrer, Schulleitungen und Eltern machten ihrer Wut Luft und kündigten passiven wie aktiven Widerstand und rechtliche Schritte an,“ schildert Heidrun Quandt, Vorsitzende des VBE Berlin, die Proteste.

Berechtigte Angst

Die der Empörung zugrunde liegende Angst vor Ansteckung mit dem gefährlichen Virus in der Schule ist nach Feststellung des VBE Berlin allerdings auch nur allzu berechtigt – entgegen aller gebetsmühlenartig wiederholten Behauptungen, die Schule sei ein sicherer Ort.

Heidrun Quandt: „Weder FFP2-Masken wurden bislang für das Lehrpersonal zur Verfügung gestellt noch gibt es verbindliche Tests. Auch Impfungen sind für Lehrer und Erzieher nicht vorrangig vorgesehen und Luftfiltergeräte fehlen in den Klassenräumen völlig.“

Schon vor der erneuten Schulschließung im Dezember hätten quarantänebedingte Klassenaufteilungen den Hygienepan konterkariert und die Ansteckungsgefahr noch erhöht.

Hohe Ansteckungsgefahr

„Wir wissen, dass der vorgeschriebene Hygienemasterplan der Bildungssenatorin weder jetzt noch vor den Schulschließungen die Gefahr der Ansteckung reduziert. Jugendliche fahren mit Bahn und Bus zur Schule,

treffen sich als Gruppe vor den Schulen – natürlich ohne Maske und mit Körperkontakt. Bei den Grundschulern ist der Schutz noch geringer, da eine Mund-Nasen-Maske zwar im Schulgebäude getragen werden muss, aber nicht im Klassenraum oder auf dem Schulhof“, nennt Heidrun Quandt einige der gravierenden Schwachstellen, die sich unschwer um zusätzliche Mängel auch im Hortbereich erweitern lassen.

Der VBE Berlin sieht bei dem aktuellen Inzidenzwert und der Auslastung der Intensivbetten keine verantwortungsvolle Möglichkeit der Schulöffnung in Berlin. „Lerndefizite können aufgeholt werden, eine Corona-Erkrankung kann aber zu irreversiblen Gesundheitsschäden oder sogar zum Tod führen“, bringt die VBE-Landesvorsitzende die Prioritäten auf den Punkt.

Wachsende Unruhe an den Gymnasien

Auch an den Gymnasien brodelt es: Die überwältigende Mehrheit einer Befragung von über tausend Lehrern, Schülern und Eltern ist gegen eine Öffnung für einzelne Jahrgangsstufen, wie es der Senatsbeschluss vorsieht. „Das ist nur konsequent, weil jede unnötige Bewegung in Berlin eingeschränkt werden soll, partielle Schulöffnungen aber zu erheblichen Bewegungen an Berliner Schulen und in der Stadt führen“, unterstreicht die stellvertretende Vorsitzende des Philologenverbandes Berlin/Brandenburg (phv), Gabriela Kasigkeit.

Generell stehe der phv Berlin/Brandenburg Länderlösungen in der Schulpolitik durchaus offen gegenüber, solange einige wesentliche einheitliche Punkte umgesetzt werden. Es fehle jedoch an verbindlichen Vorgaben, wie Standards für am Infektionsgeschehen orientierte, differenzierte Schulschließungen. Auch beim Unterricht nach Stufenplan sei unklar, wer wann in welcher Gruppenstärke in die Schule dürfe, kritisiert Gabriela Kasigkeit.

Heidrun Quandt,
Vorsitzende des VBE Berlin





Die phv-Vorsitzende Kathrin Wiencek hat sich ebenfalls in einem offenen Brief an die Bildungsministerin gewandt und das Gefährdungspotenzial an den Schulen aufgezeigt: „Während sich zum Beispiel Großeltern, ihre Kinder und Enkelkinder zusammen nicht sehen dürfen, treffen sich circa 15 (!) Haushalte in einer Klasse“, heißt es darin wörtlich. „Angesichts der Pausen und der Fachraumwechsel sind dies dann noch wesentlich mehr Haushalte. Gleichzeitig zeigt die Praxis, dass die AHA-Regeln, unter anderem die Abstände von 1,5 Metern, in der Schule nicht eingehalten werden können.“

Unvertretbare Belastungen

Mit erheblichem Aufwand hätten sich die Schulen und Lehrkräfte auf den Distanzunterricht vorberei-

Gabriela Kasigkeit, stellvertretende Vorsitzende des Philologenverbandes Berlin/Brandenburg (phv)

tet. Die voreilige Einführung von Hybrid-/Wechselunterricht konterkarierte diese Vorbereitungen und führte zu nicht vertretbaren Belastungen für die Lehrkräfte, die nicht nur den Präsenzunterricht im Rahmen ihrer vollen Unterrichtsverpflichtung, sondern auch zusätzlich noch den Distanzunterricht bewerkstelligen müssten.

Solange der derzeitige Umfang des Infektionsgeschehenes besteht, hält der phv zum Schutz der Gesundheit der Lehrkräfte sowie der Schülerinnen und Schüler und deren Familien den Distanzunterricht für zwingend erforderlich. Lediglich in den „echten“ Abschlussjahrgängen plädiert der phv für Wechselunterricht unter Einhaltung der Vorgaben des RKI. ■

dbb berlin schult jetzt online

Die für Januar und Februar 2021 ausgeschriebenen Schulungen des dbb berlin können wegen der weiterhin hohen Infektionszahlen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 nicht als Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden, sondern finden als Webseminare online statt.

Das gilt für alle Fortbildungen zur Grundschulung im Personalvertretungsgesetz Berlin sowie für die Schulungen für Frauenvertreterinnen und ihre Stellvertreterinnen zu Grundlagen des Landesgleichstellungsgesetzes Berlin (LGG).

Technische Voraussetzungen für die Teilnahme sind lediglich ein Computer, ein Tablet oder ein Handy. Von Vorteil sind außerdem ein Mikrofon und eine Kamera.

Wer sich zu einem Seminar anmeldet beziehungsweise sich bereits angemeldet hat, erhält zunächst eine Mail mit entsprechenden Anweisungen und einem Zugangscode.

Kurz vor Beginn der Veranstaltung wird an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer – ebenfalls per Mail – der Link versandt, mit dem der Zugriff auf das jeweilige Webseminar ermöglicht wird. Datum und die Uhrzeit der Veranstaltungen bleiben dabei unverändert. Weitere Anmeldungen zu unseren Online-Seminaren sind möglich. Die Programme/Anmeldungen/Kostenübernahmebestätigungen durch die Dienststellen können unter www.dbb.berlin/service/schulungen heruntergeladen werden:

Etwaige Rückfragen beantwortet Patricia Stehr in der Geschäftsstelle des dbb berlin gern per Telefon **030.32795213** oder auch per Mail unter post@dbb.berlin.

Termine der Webseminare

Für gewählte Frauenvertreterinnen und ihre Stellvertreterinnen finden drei Spezialseminare nach § 16 Abs. 3 LGG Berlin statt, und zwar am

- > 11. und 12. Februar 2021
- > 18. und 19. Februar 2021

Grundschulungen für die neu gewählten Personalräte des dbb berlin sind noch erreichbar am:

- > 27. und 28. Januar 2021
- > 1. und 2. Februar 2021
- > 15. und 16. Februar 2021

Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung! ■

Personalratswahlen 2020

dbb berlin festigt Position

Der dbb berlin konnte sich bei den Personalratswahlen im vergangenen Jahr behaupten. Zu den wichtigsten Ergebnissen zählt, dass in der Beamtengruppe Frank Becker und Rolf Herrmann sowie in der Arbeitnehmergruppe Synnöve Nüchter in den 15-köpfigen Vorstand des Hauptpersonalrats (HPR) des Landes Berlin gewählt wurden.

„Diese Wahl bei der konstituierenden Sitzung des HPR am 11. Dezember 2020 bedeutet, dass sich der dbb beamtenbund und tarifunion berlin und seine Fachgewerkschaften noch intensiver in die Arbeit der Interessenvertretung der Beschäftigten des Landes Berlin einbringen können. Synnöve Nüchter ist für den Vorstand des HPR als Tariffachfrau sicherlich eine große Bereicherung“, bewertete dbb Landeschef Becker das Wahlergebnis.

Zuversichtlich zeigte sich Becker auch, was die künftige Vorstandsarbeit unter Vorsitz der wiedergewählten bisherigen Amtsinhaberin Daniela Ortmann (ver.di) betrifft:

„Ich gehe davon aus, dass die Zusammenarbeit mit der HPR-Vorsitzenden weiterhin kritisch, aber auch konstruktiv für die Beschäftigten des Landes Berlin fortgesetzt wird.“

Umfassende Zuständigkeit

Der Hauptpersonalrat für die Behörden, Gerichte und nicht rechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin (HPR) ist zuständig für den gesamten unmittelbaren öffentlichen Dienst des Landes Berlin und damit die oberste Stufenvertretung der Beschäftigten bei den Bezirksämtern, den Senatsverwaltungen und Landeseinrichtungen, bei Feuerwehr, Schulen, Kindertagesstätten-Eigenbetrieben, Polizei, Finanzämtern, Theatern, Gerichten und Justizvollzugsanstalten sowie bei vielen anderen Einzelbehörden. Unter anderem zählen dazu der Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung, die Beauftragte für den Datenschutz und Informationsfreiheit und der Rechnungshof.

Zwei Spitzenämter für Martina Riedel

Die stellvertretende dbb Landesvorsitzende Martina Riedel ist wieder Vorsitzende des Gesamtpersonalrates Steuern. Nicht zuletzt dank ihrer erfolgreichen Amtsführung in der vergangenen Legislaturperiode konnte die DSTG sogar die absolute Mehrheit von zwölf der insgesamt 23 Sitze einfahren, davon zehn im Beamten- und zwei im Arbeitnehmerbereich.

Der Gesamtpersonalrat Steuern ist zuständig für circa 7.000 Beschäftigte und seine Beschlüsse prägen dementsprechend die Beschäftigungsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Steuerverwaltung entscheidend mit.

Umso wichtiger, dass mit der absoluten Mehrheit der DSTG jetzt richtungsweisende Beschlüsse gefasst werden können, die in der vorherigen Legislaturperiode den unsicheren Mehrheitsverhältnissen zum Opfer gefallen waren, wie beispielsweise klare Aussagen des GPR zur Steigerung der Ausbildungszahlen.

Auch das Abschneiden der DSTG bei den Wahlen der Örtlichen Personalräte kann sich sehen lassen: In elf von 23 Finanzämtern stellt sie den Vorsitz, zehn gingen an ver.di, zwei an „Unabhängige“.

Jetzt auch im Landespersonalausschuss

Aber auch die persönliche Erfolgsstory von Martina Riedel geht noch weiter: In ein weiteres Spitzenamt wurde die stellvertretende dbb Landesvorsitzende auf Vorschlag des dbb berlin berufen, nämlich in den Landespersonalausschuss. Das achtköpfige

Gremium entscheidet unabhängig und in eigener Verantwortung insbesondere über die Befähigung freier Bewerberinnen und Bewerber sowie über Ausnahmen von den Vorschriften über die Einstellung, Vorbildung und Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten.

Martina Riedel tritt ab 1. Januar 2021 die Nachfolge von Detlef Dames an, der den dbb berlin viele Jahre in dem Gremium vertreten hat und zum Jahresende 2020 ausgeschieden ist. Der dbb berlin wünscht Martina Riedel eine glückliche Amtsführung und dankt Detlef Dames für sein langjähriges Engagement. ■

Gute Ergebnisse bei Justiz und Polizei

Im Bereich der Inneren Sicherheit konnten die Mitgliedsgewerkschaften des dbb berlin ihre Position in den Personalräten sichern oder sogar ausbauen.

Die DPolG Berlin, die mit GdP, Unabhängigen und BDK in einer besonders harten Konkurrenzsituation steht, konnte die Zahl ihrer Personalratssitze in einigen Bereichen ausbauen und in der Polizeidirektion 4 sogar die absolute Mehrheit erringen.

Auch in den Ordnungsämtern wird es wieder starke DPolG-Personalräte geben.

Im Gesamtpersonalrat wird die DPolG mit ihren starken gewählten Personalräten weiterhin mitgestalten können. Nach Sondierung aller Möglichkeiten und Chancen für eine sachorientierte Arbeit zugunsten aller Beschäftigten haben sich die Personalräte der DPolG Berlin im Gesamtpersonalrat mehrheitlich für eine Zusammenarbeit mit der GdP ausgesprochen.

Der Landesvorsitzende der DPolG Berlin, Bodo Pfalzgraf, dazu: „Das ist keine Liebesheirat, sondern ein Zweckbündnis auf Zeit in bewegten Zeiten.“

BSBD baut Position aus

Der BSBD Berlin konnte seine Position im Bereich der Berliner Justizvollzugsanstalten weiter ausbauen und stellt in fünf Vollzugsanstalten den jeweiligen Vorsitz. In der JVA für Frauen ist er maßgeblich im Gremium beteiligt. Ausnahme: die JVA Tegel, aber der BSBD Berlin ist zuversichtlich mit seiner sachorientierten inhaltliche Arbeit in Zukunft auch in der JVA Tegel wieder den Vorsitzenden stellen zu können.

Auch im Bereich der gesamten Justiz haben die Fachgewerkschaften des dbb berlin ein gutes Ergebnis erzielt, allerdings musste mit einem denkbar knappen Ergebnis der Vorsitz an ver.di abgegeben werden.

BSBD-Landeschef Thomas Goiny: „Unsere jahrelange sachorientierte Arbeit, lässt hoffen, dass die Gewerk-

schaften noch mehr Aufwind in der Berliner Justiz erhalten und weiterhin das soziale und personalvertretungsrechtliche Gewissen der Justizeinrichtungen darstellen.“ ■

Gute Nachrichten aus dem Jobcenter Mitte

Im Jobcenter ist die Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) angetreten und hat ihr Ergebnis bei den Arbeitnehmervertretern von drei auf fünf Sitze verbessert. Sie stellt jetzt den 1. stellvertretenden Personalratsvorsitzenden. ■

VBE behauptet Position im Bildungsbereich

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Berlin konnte seine Position im Gesamtpersonalrat Schulen behaupten und ist wieder mit seiner Vorsitzenden Heidrun Quandt (Beamtengruppe) und Gerhard Fabienke (Arbeitnehmergruppe) in dem Gremium vertreten.

In den örtlichen Personalräten Schule hat der VBE Sitze in Steglitz-Zehlendorf, Treptow-Köpenick, Tempelhof-Schöneberg, Reinickendorf sowie in Marzahn-Hellersdorf gewonnen. ■

Bettina Jarasch setzt auf Austausch

Wir brauchen die besten Leute ...

... meint die Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen im Interview mit dem hauptstadt magazin und will dafür sorgen, dass Beschäftigte des Landes Berlin gern an ihrem Arbeitsplatz arbeiten. Gute Einarbeitung neuer Mitarbeiter*innen, gut ausgestattete Arbeitsplätze, Führungskräfteweiterbildungen, ein modernes Gesundheitsmanagement und familienfreundliche Arbeitszeitregelungen schweben ihr dabei vor, nicht jedoch eine Bezahlung auf Bundesniveau oder die Wiederverbeamtung der Lehrer. Dem Interview mit Bettina Jarasch liegen dieselben Fragen zugrunde, wie dem in der November-Ausgabe veröffentlichten mit dem Spitzenkandidaten der CDU, Kai Wegner.

Frau Jarasch, Sie sind gerade Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen für die Abgeordnetenhauswahl geworden. Wie fühlt sich das an?

Das fühlt sich zunächst einmal richtig an. Jede Zeit hat ihre Aufgabe. Und ich bin davon überzeugt: Für diese Zeit bin ich die richtige Frau. Berlin muss viele Weichen in Sachen Klimaschutz und Durchstarten nach Corona stellen. Wir brauchen eine zukunfts-feste Stadt und Verwaltung. Und dafür braucht es Verantwortliche in Parlament und Regierung, die bereit sind und dafür brennen, gemeinsam, im Bündnis, die Zukunft zum Guten zu gestalten.

Ich bin überzeugt, dass wir immer mehr Menschen begeistern können, wenn wir in den Austausch gehen, bevor wir zu den Lösungen kommen. So habe ich schon immer geführt. So will ich diese Stadt führen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes Berlin bei der Personalgewinnung zu erhöhen, ist eine Angleichung der Besoldung überfällig. Würden Sie eine Anpassung der Bezüge im Land Berlin an die Besoldung des Bundes oder die durchschnittlich in den Bundesländern gezahlten Bezüge verwirklichen?

Wir wollen die Beschäftigten des Landes, sowohl Beamt*innen als auch Tarifbeschäftigte, gut für die wichtige Arbeit bezahlen, die sie jeden Tag für unsere Stadt leisten. Daher war es unser erklärtes Ziel, die Bezüge im Land Berlin in dieser Legislatur endlich der durchschnittlichen Besoldung der anderen Bundesländer anzupassen. Dieses Versprechen haben wir gehalten. Im Dezember hat der Senat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, er soll in den nächsten Wochen verabschiedet werden.

Faire Bezahlung angestrebt

Wir werden uns in den nächsten Jahren weiterhin für die faire Bezahlung der Berliner Beschäftigten einsetzen. Dazu gehört natürlich auch die Übertra-

gung der Tarifiergebnisse an die Beamt*innen des Landes, die Überprüfung der Stellen- und Erschwer-niszulagen und vieles Weitere. Denn um in der Stadt voranzukommen, brauchen wir die besten Leute und müssen die halten, die wir schon haben. Es ist unser ureigenes Interesse, dass die Attraktivität des Landes Berlin als Arbeitgeberin weiterhin steigt.

Welche Konsequenzen sollte das Land Berlin außerdem für alle seine Beamtinnen und Beamten aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur verfassungswidrigen Besoldung der Berliner Richterinnen und Richter für die vergangenen Jahre ziehen?

Wir beobachten die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes aufmerksam und werden darauf dringen, dass die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Dabei geht es insbesondere um die Frage der A-Besoldung.

Am Aufholpfad festhalten

Es ist für uns Grüne eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns an die Rechtsprechung halten. Wir werden auch an dem Aufholpfad bei der Beamtenbesoldung der letzten Jahre festhalten, auch wenn die Spielräume enger werden.

Wie wollen Sie – über die Bezahlung hinaus – die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern, um ausreichend engagierten und qualifizierten Nachwuchs für den öffentlichen Dienst des Landes Berlin zu gewinnen?

Von zentraler Bedeutung sind die Themen: Arbeitsklima, Personalentwicklung und Ausbildung. Beschäftigte des Landes Berlins sollen gern an ihrem Arbeitsplatz arbeiten. Dies beginnt mit einer guten Einarbeitung neuer Mitarbeiter*innen, dazu gehören aber auch gut ausgestattete Arbeitsplätze, Führungskräfteweiterbildungen und ein modernes



© Dominik Butzmann

Bettina Jarasch, Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen

Gesundheitsmanagement – für physische wie für psychische Belastungen. Aber auch familienfreundliche Arbeitszeitregelungen sind ein Thema.

Vielfalt fördern

Die Mitarbeiter*innen in der Verwaltung, auch die Beamt*innen, sind vielfältiger geworden – und sie haben täglich mit einer vielfältigen Stadtgesellschaft zu tun. Diese Vielfalt muss größere Wertschätzung erfahren und auch konsequent gefördert werden. Wenn es dadurch gelingt, Diskriminierungen abzubauen und Chancengerechtigkeit weiter zu verbessern, dann verbessert das auch die Arbeitsbedingungen und stärkt den Öffentlichen Dienst insgesamt. Dabei stehen Führungskräfte in besonderer Verantwortung. Außerdem wollen wir die Rolle der Verwaltungsakademie weiterhin stärken und ausbauen. Denn diese leistet bereits heute eine herausragende Arbeit.

Auch die Ausbildung wollen wir in den nächsten Jahren noch stärker ausbauen und die Qualität weiter verbessern. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die Betreuungssituation. Dafür haben wir in dieser Legislatur die Rolle der Praxisanleiter*innen gestärkt, zum Beispiel durch personelle Entlastungen, durch gezielte Fortbildung und Austauschmöglichkeiten. Daneben wollen wir vor allem das Modell des dualen Studiums in der Verwaltung fördern. Viel mehr Bezirke, Senatsverwaltungen und nachgeordnete Behörden sollten davon Gebrauch machen.

Teilen Sie – auch im Hinblick auf die desaströse personelle Situation an den Berliner Schulen – die Forderung des dbb beamtenbund und tarifunion berlin nach umgehender Wiederverbeamtung der Berliner Lehrerinnen und Lehrer?

Der Lehrkräftemangel ist eine große Herausforderung, übrigens nicht nur in unserem Bundesland. Berlin hat bei der Lehrkräftegewinnung in den vergangenen Jahren neue Wege erprobt und auch vieles erreicht. Insbesondere mit dem Quereinstieg und den damit verbundenen Qualifizierungsmöglichkeiten konnten viele neue Pädagog*innen für die Schulen gewonnen werden. Auch das hohe Einstiegsgehalt für neue Lehrkräfte hat geholfen, den Bedarf in großen Teilen zu decken. Wir sind im intensiven Austausch mit Praktiker*innen und sehen noch weitere Stellschrauben. Eine Zulage für Referendare, verbunden mit einer Verpflichtung fünf Jahre in Berlin zu bleiben, könnte neue Lehrkräfte für unsere Schulen gewinnen. Auch werden in den kommenden Jahren die Absolvent*innenzahlen an den Hochschulen deutlich zunehmen und somit deutlich mehr junge und gut ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Aber klar ist auch: Die Schulen brauchen eine verlässliche personelle Ausstattung, um guten Unterricht gewährleisten zu können, und das pädagogische Personal braucht vielerorts Entlastung. Das müssen wir hinbekommen und in diesem Sinne über alle denkbaren Maßnahmen sprechen.

30 Jahre Landesgleichstellungsgesetz

Reformen sind überfällig!

Als das Berliner Landesgleichstellungsgesetz (LGG) am 13. Januar 1991 in Kraft getreten ist, zählte Berlin zu den Vorreitern der Frauenförderung, hatte es doch als zweites Bundesland ein Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Berliner Verwaltung vorzuweisen.

Nach 30-jähriger Erfahrung mit dem LGG sind allerdings auch die Schwachstellen des Gesetzes mehr als deutlich zutage getreten. Insbesondere muss die Position der Frauenvertreterinnen gestärkt werden.

Denn das Gesetz, das generell auf Sanktionen bei Verstößen gegen seine Bestimmungen verzichtet, misst den Frauenvertreterinnen eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie sollen Umsetzung und Erfolg der Gleichstellungspolitik überwachen und haben dies – zumindest wenn man den kontinuierlich gestiegenen Frauenanteil in Führungspositionen in der Berliner Verwaltung betrachtet – auch getan.

Spitzenpositionen immer noch Ausnahmen

Wenn es aber ans „Eingemachte“ geht – an höherwertige Ämter –, ist die Stellung der Frauenvertreterin viel zu schwach, um die altbekannte „gläserne Decke“ zu durchbrechen. „Nur zu leicht können sie auf Umwegen, etwa über kommissarische Besetzungen höherer Dienstposten, denen auf den Amtsinhaber zugeschnittene Stellenausschreibungen folgen, ausgebremst werden“, weiß die stellvertretende dbb Landesvorsitzende Synnöve Nüchter, seit zwölf Jahren selbst engagierte Frauenvertreterin.

Undankbare Einzelkämpferrolle

dbb Landeschef Frank Becker sieht die Problematik der Frauenvertreterinnen darüber hinaus in ihrer Einzelkämpferrolle: „Es bedarf schon eines sehr gesunden Selbstbewusstseins, will eine Frauenvertreterin gegen offene oder auch subtile Angriffe auf ihre Kompetenz bestehen. Die Ursache, dass sie bisweilen als zahnloser Tiger belächelt wird, liegt allerdings im Konstrukt selbst.“

„Uns fehlen vor allem Freistellungen wie sie den Personalräten zustehen, wenn wir unserem Gesetzauftrag nachkommen wollen. Rein zeitlich ist eine Beteiligung an allen Maßnahmen und Auswahlverfahren schon ein Ding der Unmöglichkeit“, bestätigt Synnöve Nüchter, „im Streitfall fehlt außerdem die Möglichkeit, fachliche juristische Unterstützung einholen zu können.“

Tatsächlich erinnert das Kräfteverhältnis gegenwärtig stark an David und Goliath, wenn sich die nur in

seltenen Fällen juristisch vorgebildeten Frauenvertreterinnen gegen die Dienststellenleitungen und ihre Fachabteilungen durchsetzen sollen. Für etwa 300 Frauenvertreterinnen im Land Berlin stehen gegenwärtig in der zuständigen Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung gerade einmal zweieinhalb Juristinnen für Fragen zur Verfügung! Viel zu wenig!

Synnöve Nüchter, die als stellvertretende dbb Landesvorsitzende und als Vorstandsmitglied im Hauptpersonalrat sehr gut vernetzt ist, versteht es, sich auf diesem Wege Respekt zu verschaffen, aber wer ohne gewerkschaftlichen Rückhalt und ohne Informationen aus einem Mitbestimmungsgremium als Frauenvertreterin operiert, steht leicht auf verlorenem Posten.

Keine Karrierechancen

Nicht nur, dass es häufig an Wertschätzung, Respekt und Durchsetzungsmöglichkeiten fehlt, Frauenvertreterinnen bezahlen ihr Engagement oft sehr teuer, weil sie um Karrierechancen gebracht werden. Während freigestellte Personalratsmitglieder circa alle vier bis fünf Jahre mit einer Beförderung beziehungsweise höherem Gehalt rechnen können, ist die Karriere freigestellter Frauenvertreterinnen häufig mit Amtsantritt zu Ende.

Am 29. Januar werden die Sprecherinnen der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenvertreterinnen (LAG) zu einer Onlinekonferenz „Jahrestag des Berliner Landesgleichstellungsgesetzes (LGG)“ zusammentreten. Es wird erwartet, dass die skizzierten Missstände der zuständigen Senatsverwaltung aufgezeigt beziehungsweise Forderungen zur Stärkung der Position der Frauenvertreterinnen erhoben werden. Dazu könnte auch die Einrichtung einer Hauptfrauenvertretung des Landes Berlin, die sich – ähnlich wie der Hauptpersonalrat oder die Hauptschwerbehindertenvertretung – landesübergreifender Belange annimmt, zählen.

Schließlich sollte auch endlich über Sanktionen bei Verstößen gegen das LGG ernsthaft nachgedacht werden, um den Gesetzeszielen mehr Nachdruck zu verleihen und insbesondere den Anteil der Frauen an den Spitzenpositionen deutlich zu steigern. ■



Mit seiner etagenübergreifenden Gesamtgestaltung der Innenfassade hat Benjamin Mastaglio ein künstlerisches Statement in guter Verbindung mit der Architektur des Hauses gesetzt.

© Achim Kleucker (3)

Landesvertretung Schleswig-Holstein

Ein Haus mit besonderer Atmosphäre

Wer zum ersten Mal das Haus der Landesvertretung von Schleswig-Holstein in den Ministergärten betritt, reibt sich verwundert die Augen. Die spektakuläre und farbenfrohe Gestaltung der kompletten Innenfassade durch den Kieler Künstler Benjamin Mastaglio taucht den Besucher des Hauses nämlich schon in der lichtdurchfluteten hohen Eingangshalle in eine ausgesucht stilvolle und heitere Atmosphäre, die eher an eine Kunsthalle als an eine Landesbehörde erinnert.

Tatsächlich ist die heimische Kunst ein ganz wesentlicher Aspekt, mit dem das Haus das Bundesland Schleswig-Holstein in Berlin präsentiert: Wechselnde Kunstausstellungen in den Sitzungsräumen der Landesvertretung werden von einem hochkarätigen Kulturbeirat zusammengestellt. Und die Ausstattung – angefangen von der Bestuhlung über die Beleuchtung bis zu den Garderobenständern – strahlt ausgesuchte Ästhetik aus.

Unterkühlt wirkt das Ambiente deshalb aber keineswegs, sondern ausgesprochen einladend und frisch, wozu auch die zuvorkommenden und freundlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wesentlich beitra-

gen – allen voran die Chefin des Hauses selbst, Staatssekretärin Sandra Gerken, die ihren Besuchern auf angenehm unkomplizierte und natürliche Art entgegenkommt.

Im Gespräch mit dem hauptstadt magazin unterstreicht die seit Frühjahr vergangenen Jahres als amtierende Bevollmächtigte des Landes beim Bund amtierende Sandra Gerken den künstlerischen Anspruch des Hauses und bedauert zugleich, dass pandemiebedingt der alljährliche Auftakt des Schleswig-Holstein-Musikfestivals bei einem Gartenfest in der Landesvertretung ebenso ausfallen musste wie jede andere öffentliche Veranstaltung auch.

Öffentlichkeit mit Podcasts

Trotzdem ist aber für Öffentlichkeit gesorgt, denn das kreative Team um die Staatssekretärin kommt jetzt nämlich mit interessanten und ausgesprochen unterhaltsamen Podcasts zu seinen verhinderten Besuchern ins Haus. In den https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/LVB/Podcast/podcast_node.html abrufbaren, sehr

Staatssekretärin Sandra Gerken ist die Bevollmächtigte des Landes Schleswig-Holstein beim Bund.



© Frank Peter

empfehlenswerten Beiträgen kommen getreu dem hohen kulturellen Anspruch des Hauses Schriftsteller, Historiker, Völkerkundler und Journalisten des Landes zu Wort, gekonnt moderiert von der Leiterin des Veranstaltungsreferats im eigenen Haus. „Die Podcasts werden nicht in Auftrag gegeben, sondern wie vieles andere auch selbst erstellt“, betont die Staatssekretärin. Unter anderem verwöhnen zwei eigene Köchinnen in normalen Zeiten die Gäste der Landesvertretung mit Labskaus, Matjes und anderen landesüblichen Spezialitäten.

Während die repräsentativen Aufgaben der Landesvertretung gegenwärtig weitgehend zum Erliegen gekommen sind, ruht die politische Arbeit in Corona-Zeiten natürlich nicht. Die Schwerpunkte haben sich allerdings in Richtung Pandemiebekämpfung verschoben. Aktuell stand beim Besuch des hauptstadt magazins gerade eine Sondersitzung des Bundesrats in Sachen zusätzlicher Sonderurlaubstage für Eltern bei Erkrankung von Kindern auf dem Programm.

Schwerpunktthemen erneuerbare Energien, Infrastruktur und Minderheiten

Zu den eigentlichen Hauptanliegen, die Schleswig-Holstein gegenüber der Bundespolitik vertritt, zählen insbesondere neue Konzepte zur Nutzung erneuerbarer Energien, die im Land zwischen Nord- und Ostsee eine große Rolle spielen. „Wir erzeugen mehr Strom durch erneuerbare Energien, als wir selbst verbrauchen können, diesen Strom gilt es, deutschlandweit nutzen zu können oder beispielsweise in Grünen Wasserstoff umzuwandeln“, erläutert Sandra Gerken.

Für Schleswig-Holstein als Tor nach Skandinavien spielen natürlich auch Verkehrsinfrastrukturfragen eine wichtige Rolle. Genannt sei in diesem Zusammenhang nur Planung und Bau des Fehmarn-Belt-Tunnels. Wichtig ist der Politik des Landes auch der Minderheitenschutz, der sich, wie Sandra Gerken klarstellt, nicht nur auf die Bevölkerungsgruppe mit dänischen Wurzeln erstreckte, sondern auch auf die



„Elias“ von Hanne Nagel-Axelsen zählt zu den in der Ausstellung 2020 gezeigten Werken.

friesische Volksgruppe und die deutschen Sinti und Roma. Dass Sprachen- und Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein großgeschrieben wird, zeigt sich auch daran, dass in der Landesverfassung der Schutz und die Förderung der Minderheiten und Volksgruppen seit 1990 verankert sind und nicht weniger als fünf Sprachen – Hochdeutsch, Dänisch, Friesisch, Plattdeutsch oder Niederdeutsch und Romanes – in Schleswig-Holstein gesprochen werden.“

Offener und transparenter Politikstil

Sandra Gerken ist seit 1. April 2020 Bevollmächtigte des Landes Schleswig-Holstein beim Bund. Nach Studienabschlüssen in Germanistik und Geografie sowie aufbauenden European Studies in Wien übernahm sie verschiedene politische Ämter, unter anderem als Geschäftsführerin der Landesgruppe Schleswig-Holstein der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und auch als Büroleiterin bei ihrem Vorgänger in der Landesvertretung. Richtungsweisend dürfte sicher die enge Zusammenarbeit als Büroleiterin mit dem Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Daniel Günther, in der Kieler Staatskanzlei bis zu ihrem Amtsantritt in Berlin gewesen sein. Seitdem sorgt sie dafür, dass auch in der Berliner Landesvertretung ein offener und transparenter Politikstil, wie er in der Kieler Jamaika-Koalition gepflegt wird, praktiziert wird. Das hauptstadt magazin, das sich selbst von der erfrischend offenen und unkomplizierten Atmosphäre im Hause überzeugen konnte, wünscht dabei weiterhin viel Erfolg. ■

Ebenfalls in der Ausstellung 2020: „Friesin in Kornfeld“ von Tamer Serbay



© Tamer Serbay



gkl berlin kämpft um Erhalt der Kantine Leopoldplatz

„Nicht mit uns“, ließ die gkl berlin unmissverständlich wissen, als bekannt wurde, dass die BVG-Kantine Leopoldplatz nach jahrzehntelangem Betrieb für immer geschlossen werden soll.

„Es ist unfassbar, dass eine Standortschließung aus purem Gewinnstreben ausgerechnet an einem so stark frequentierten Ablösepunkt wie dem Leopoldplatz vorgenommen werden soll“, empörte sich der Chef der gkl-Betriebsgruppe BVG/BT, Christian Komorowski.

Betroffen sind sowohl Fahrerinnen und Fahrer von U-Bahnen als auch von Bussen. Denn der Leopoldplatz im Bezirk Wedding ist zwar nicht sonderlich attraktiv für pausierende Beschäftigte, die nächste Kantine in der Seestraße ist aber zu weit vom Ablösepunkt entfernt und kann von den betroffenen Fahrerinnen und Fahrern während der Pausen nicht genutzt werden.

Engagierte gkl-Mitglieder hatten deshalb bereits eine Unterschriftensammlung für den Erhalt der Kantine Leopoldplatz durchgeführt und waren damit auf große Zustimmung gestoßen.

Der Vorstand für Personal und Soziales der BVG, Dirk Schulte, zeigte sich von dem Ergebnis allerdings wenig beeindruckt und machte gegenüber der gkl berlin eine fehlende Abluftanlage und erhöhte Brandgefahr beim Kochen und Braten in der Kantine für die

Schließung verantwortlich. Auch schwierige Lieferbedingungen und unzureichende Gästezahlen hätten bei der Entscheidung eine Rolle gespielt. Zu Testzwecken soll jetzt ein „How I like“-Automat aufgestellt werden.

Der Gesamtpersonalrat und die Sozialkommission der BVG haben der Schließung am Leopoldplatz leider zugestimmt. Die gkl berlin und ihre gewählte Vertreterin im Gesamtpersonalrat, Franziska Richter, sind aber fest entschlossen, das Thema nicht auf sich beruhen zu lassen. „Wir können zwar keine Mehrheit bei Abstimmungen im ver.di-dominierten Gesamtpersonalrat erreichen, aber ausgesprochen unangenehme Fragen stellen“, ließen die gkler wissen, getreu ihrem Motto: „Wer nicht kämpft, der hat bereits verloren!“

Christian Komorowski



© gkl berlin

Öffnungszeiten
ade!